

prägnant 25

MAI 2024

EUROPA – GARANT FÜR FREIHEIT UND WOHLSTAND EUROPÄISCHE UNION VERTEIDIGEN

Am 9. Juni 2024 ist Europawahl. Ein wichtiges Datum für die Zukunft des Kontinents. Die von Bundeskanzler Scholz verkündete Zeitenwende im Februar 2022 stellte Deutschland, aber auch die Europäische Union vor besondere Herausforderungen. Selten waren die gleichzeitigen Problemlagen größer und vielschichtiger als in den vergangenen zwei Jahren: Zu nennen sind Russlands Krieg gegen die Ukraine, Chinas geopolitischen Ambitionen und daraus folgend die Konflikte mit den USA und ihren Verbündeten, die Energiekrise und der industriepolitische Wettbewerb der Weltregionen um Rohstoffe, Fachkräfte und Investitionen und nicht zuletzt der Konflikt im Gaza-Streifen. Dazu kommen die Bekämpfung der Corona Pandemie und die Herausforderungen durch die Klimakrise.

Deutschland wird diese Herausforderungen niemals allein bewältigen können. Nur im Verbund mit den anderen europäischen Demokratien wird es gelingen Wohlstand, Sicherheit und Freiheit zu gewährleisten. Darüber hinaus bietet der Binnenmarkt auch vor dem Hintergrund der Bekämpfung der Klimakrise und der angestrebten Resilienz-Strategie immense Chancen. Immerhin bilden 500 Millionen Europäerinnen und Europäer das Rückgrat dieses großen Wirtschaftsraums. Der Aufbau europäischer, regionaler Wertschöpfungsketten kann den Kontinent in seiner angestrebten Resilienz-Strategie unabhängiger von weltweit volatilen Lieferketten machen. Eine auf erneuerbaren Energien basierende Energieversorgung wird Europa unabhängiger machen von fossilen Energieträgern und damit von energieexportierenden Ländern.

Dazu kommt das von den Gewerkschaften geforderte soziale Europa: Ein soziales Europa, das die Beschäftigten Europas im Norden, Süden, Westen und Osten nicht gegeneinander ausspielt, sondern die Grundlage für ein solidarisches Miteinander sichert. Mehr Europa muss die Antwort auf die multiplen Krisen der Gegenwart sein und nicht weniger.

Leider blicken rechte, populistische Kräfte in vielen Ländern Europas anders auf die Europäische Union. Angebliche Bürokratie und Regulierung aus Brüssel wird ebenso abgelehnt, wie bei Einigen die einheitliche Währung des Euro und auch die offenen Grenzen und die Freizügigkeit stellen manche in Frage.

Mitglieder der Europäischen Union

 prägnant 25



Quelle: IG Metall BBS / prägnant25

Allein die Fakten sprechen für Europa:

- ▶ Die EU garantiert seit über 70 Jahren Frieden in der Europäischen Union,
- ▶ Deutsche Staatsbürger dürfen sich im Hoheitsgebiet anderer Mitgliedstaaten frei bewegen, arbeiten und niederlassen,
- ▶ Deutsche Unternehmen haben ungehinderten Zugang zum europäischen Binnenmarkt mit rund 450 Millionen Menschen,
- ▶ Die EU schließt als großer Wirtschaftsblock Handelsabkommen mit anderen Staaten bzw. Wirtschaftsregionen,
- ▶ Die EU unterstützt schwächere deutsche Regionen: Nach der deutschen Wiedervereinigung flossen viele Milliarden Euro nach Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen,
- ▶ Die EU unterstützt: In Deutschland erhält jeder Landwirt jährlich pro Hektar durchschnittlich 281 Euro Einkommensunterstützung,

- ▶ Mit dem Erasmus+-Programm können junge Deutsche einfacher im Ausland studieren, arbeiten und lernen: Über 110.000 junge Menschen aus Deutschland profitierten bspw. 2018 vom Bildungsprogramm Erasmus+.

Auch im IG Metall Bezirk Berlin-Brandenburg-Sachsen profitieren wir stark von der Europäischen Union:

- ▶ Durch die Erweiterungsrunden Anfang des Jahrhunderts ist die frühere Randlage Ostdeutschlands längst Vergangenheit. Ostdeutschland liegt mittlerweile im Zentrum Europas. Dies bietet große Vorteile, um schnell in alle Richtungen des Kontinents mit Waren und Dienstleistungen unterwegs zu sein.
- ▶ Offene Grenzen sind wichtig für die Industrie und ihre ausdifferenzierten Lieferketten. Während der Corona Pandemie stauten sich die LKWs an den Grenzen, Lieferketten rissen, Unternehmen mussten ihre Produktion temporär stilllegen.
- ▶ Dringend benötigte Fachkräfte aus den benachbarten Ländern Mittel- und Osteuropas kommen nach Ostdeutschland.

Die Bundesrepublik ist wirtschaftlich mehr als alle anderen Staaten auf Europa angewiesen und vielfach profitieren auch die Beschäftigten in Deutschland davon: Mehr als die Hälfte der Exporte gehen in die EU-Länder und fast jeder vierte Arbeitsplatz in Deutschland hängt vom Export ab. Gäbe es keinen europäischen Binnenmarkt müssten die deutschen Unternehmen für jeden Mitgliedsstaat andere Regeln beachten – und damit 27 unterschiedliche Zugänge. Ein immens großer Aufwand und eine Schreckensvision für den Wirtschaftsstandort Deutschland, denn das wäre dann wirklich richtig viel Bürokratie. Ohne die vier Grundfreiheiten des Binnenmarktes – den freien Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen

und Kapital – müssten Zölle gezahlt und Visa beantragt werden. Preise würden steigen, die Arbeitslosigkeit wahrscheinlich ebenso.

Europa ist aber auch ein wichtiger Kontinent für Wissenschaft, Forschung und Entwicklung. Mehr als 1,4 Millionen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler forschen in Europa. Sie bilden den Kern des Europäischen Forschungsraums (EFR) und tragen mit ihren Leistungen in Forschung und Innovation zu einem wettbewerbsfähigen Europa bei. Forschung und Entwicklung werden in Zukunft noch wichtiger sein um den raschen technologischen Wandel nicht nur zu begleiten, sondern um sich an dessen Spitze zu stellen. Ohne dieses große europäische Netz an Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen würde Deutschland im globalen Wettbewerb um neue Technologien und industrielle Produkte gegenüber Asien und Nord-Amerika an Innovationskraft einbüßen.

WissenschaftlerInnen in Europa



Quelle: <https://www.bmbf.de/>

Dabei gehört Deutschland zu den wichtigsten Standorten für die Forschenden: In Deutschland sind rund ein Fünftel der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des EFR tätig.

WissenschaftlerInnen in Europa



Quelle: <https://www.bmbf.de/>

Aber auch im „Kerngeschäft“ der Gewerkschaften, der Tarifpolitik, gibt die EU ambitionierte Zielmarken vor: Bei der Tarifbindung ist die 80 Prozent-Zielmarke der EU-Mindestlohnrichtlinie das angestrebte Ziel für alle Mitgliedstaaten. Sie soll die EU-Mitgliedsstaaten dazu

anhalten, eine Tarifbindung von 80 Prozent der Beschäftigten auf den Weg zu bringen. Mehr Tarifverträge und eine höhere Tarifbindung sind Kernforderungen der deutschen Gewerkschaften. Deutschland hat eine starke Wirtschaft. Trotzdem wären wir als einzelnes Land beim Aushandeln von Handelsabkommen mit Wirtschaftsmächten wie den USA oder China in einer viel schwächeren Verhandlungsposition. Im Verbund von allen EU-Mitgliedstaaten sind wir noch stärker. Der EU-Binnenmarkt ist mit rund 450 Millionen Verbraucherinnen und Verbrauchern einer der größten gemeinsamen Wirtschaftsräume der Welt. Und somit ein Partner, an dem keine globale Wirtschaftsmacht vorbeikommt. Darüber hinaus hat Europa bzw. der Euroraum mit der Gemeinschaftswährung Euro die zweitstärkste Währung der Welt. Rund 350 Millionen Menschen weltweit nutzen den Euro täglich. 20 EU-Mitgliedstaaten nutzen den Euro als offizielle Währung. Ohne den Euro hätte die deutsche Wirtschaft unter Wechselkursschwankungen im Euro-Raum zu leiden.

Der Austritt Großbritanniens aus der EU (Brexit) hat erst im Nachhinein seine ganzen negativen Auswirkungen gezeigt: Güterstau an den Grenzen, massiver Fachkräftemangel und wirtschaftliche Verluste sind die Folge: ca. 1,8 Millionen Arbeitsplätze sind in England durch den BREXIT verschwunden. Durch den EU-Ausstieg verliert Großbritannien 163 Milliarden Euro im Jahr. Die Wirtschaftsleistung wäre um sechs Prozent höher, wenn Großbritannien nicht aus der EU ausgetreten wäre. Vor diesem Hintergrund sind die öffentlich geäußerten Überlegungen eines Dexit (Deutschlands Austritt aus der EU), die manche AfD-Politikerinnen und Politiker geäußert haben, als völlig verantwortungslos zu betrachten. Ein Dexit wäre wirtschaftspolitischer Irrsinn!

54,6 Prozent der deutschen Produkte werden in andere EU-Länder exportiert. Dafür müssten nach einem Austritt Deutschlands aus der EU Zölle gezahlt werden. Das wäre pures Gift für eine Exportnation wie Deutschland! Darüber hinaus müsste Deutschland mit allen Handelspartnern neue Handelsverträge aushandeln. Wir würden auf einen Schlag unsere Bewegungsfreiheit innerhalb der Europäischen Union verlieren. Die negativen Folgen des BREXIT sind eindeutig belegt. Deutschland, mitten in Europa gelegen, würde unter einem EU-Austritt noch viel mehr leiden als Großbritannien!

Europa sichert unseren Wohlstand und leistet Abhilfe beim Fachkräftemangel:

Zugewanderte bzw. Menschen mit Migrationsgeschichte arbeiten überdurchschnittlich in Branchen, die dem

Dienstleistungsbereich und der Industrie zuzuordnen sind. Ohne die Beschäftigten mit Migrationshintergrund, die wichtige Arbeiten verrichten, verlieren wir massiv an Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit.

Über 60 Prozent der allein im Reinigungsgewerbe Beschäftigten, weisen laut statistischem Bundesamt einen Migrationshintergrund auf.

In der Gastronomie hat fast jeder zweite Beschäftigte einen Migrationshintergrund und im Hochbau (Wohn- und Bürogebäude etc.) über 40 Prozent. Diese Zahlen verdeutlichen einmal mehr, dass ohne die Beschäftigten mit Migrationsgeschichte große Teile der Volkswirtschaft kaum noch arbeitsfähig wären.

Wo arbeiten die Zugewanderten?



Quelle: destatis, Februar 2024

Ostdeutschland ist im Besonderen auf Zuwanderung angewiesen, da der Fachkräftemangel den Osten besonders stark trifft. Laut Ifo-Institut trifft der Fachkräftemangel die Unternehmen in Ostdeutschland stärker als im Rest Deutschlands. Quelle: dpa Meldung vom 26.3.2024

In Konjunkturumfragen im ersten Quartal dieses Jahres haben 42,1 Prozent der ostdeutschen Unternehmen angegeben, dass ihre Geschäfte durch fehlendes Fachpersonal beeinträchtigt sind. Der demografische Wandel macht sich im Osten schon seit Jahren deutlich stärker bemerkbar als im Westen. Das bedeutet, dass das Angebot an verfügbaren Arbeitskräften schneller knapper wird als im Westen. Wenn jetzt noch eine zuwanderungsfeindliche Grundstimmung hinzukommt, wird Ostdeutschland es noch schwerer haben die offenen Arbeitsstellen zu besetzen. Deshalb gilt es bei der Europawahl am 9. Juni 2024 die Europäische Union zu stärken!